

Landesbauordnung in NRW ändern. Nur dann können wir das gemeinsam gestalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das nächste Problem, das ich ansprechen möchte, betrifft die Errichtung von Kitas auf Dächern. Da müssen wir leider auch noch einmal in den Dialog mit unserer Feuerwehr in Köln kommen. Denn sie steht uns dort ein bisschen im Weg. Aufgrund von Landes- und Bundesstandards sagt die Feuerwehr nämlich, das dürften wir nicht.

Dementsprechend müssen wir da noch einmal nachsteuern. Deswegen freue ich mich darüber, dass wir das heute hier gemeinsam machen. Aber genau da liegt die Krux. Hier müssen das Land und wir gemeinsam in Köln die Prioritäten setzen und schauen, in welchem Stadtteil dies auch erfolgreich gestaltet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Antrag der LINKEN können wir nicht zustimmen. Das ist wohl deutlich geworden. Auf einen Punkt möchte ich noch einmal explizit eingehen. Sie haben hier den Wunsch geäußert, dass die Kitas wieder von der Stadt gebaut werden. Bei den Schulbauten kriegen wir es doch auch nicht hin. Wir brauchen mindestens sieben Jahre für eine Schule. Die Kitas stehen aber früher, weil wir mit den Investoren bauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dementsprechend muss es so bleiben. Alles andere wäre ein Rückschritt. Dann würde auch jede Kita mindestens sieben Jahre Bauzeit brauchen. Die Zeit dürfen wir nicht vergeuden. Daher bitte ich Sie, den Antrag der LINKEN abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Könnten wir über den Änderungsantrag der LINKEN bitte punktweise abstimmen? Wir würden nämlich den Punkt 1 ablehnen und dem Punkt 2 zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das können wir machen. - Haben Sie diesen Änderungsantrag alle vorliegen?

Dann lasse ich zunächst über den Punkt 1 des Änderungsantrags der LINKEN abstimmen. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Dann ist dieser Punkt abgelehnt.

Wer wünscht dem Punkt 2 des Änderungsantrags der LINKEN zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Punkt abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Änderungsantrag der LINKEN insgesamt abstimmen. Wer wünscht diesem Antrag als Ganzes zuzustimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Als Nächstes lasse ich über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, FDP, Ratsgruppe GUT und Ratsgruppe BUNT abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktion DIE LINKE, pro Köln und die AfD. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Damit hat sich - darauf weise ich der Vollständigkeit halber hin - der ursprüngliche Antrag erledigt.

Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der Gruppe BUNT betreffend „Edelgard schützt - auch im Rathaus!“ AN/0086/2018

Soll dieser Antrag erst begründet werden? - Dann gebe ich Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen unseres Antrags ist offensichtlich und klar, denke ich. Wir wünschen uns, dass alle geeigneten städtischen Gebäude auch „Edelgard schützt“-Anlaufstellen werden.

Als „Edelgard schützt“ vor circa einem Monat an den Start ging, haben wir uns darüber gewundert, dass das Rathaus, aber vor allem auch andere städtische Gebäude, zum Beispiel Bürger-

zentren usw., nicht aufgeführt wurden und anscheinend das sogenannte Audit von „Edelgard schützt“ nicht als Erste durchlaufen haben. Das ist sehr schade; denn hier hätte die Stadt, wie wir im Antrag auch anmerken, punkten und als Vorbild vorausgehen können. Das hätte die Liste der teilnehmenden Läden, Institutionen und Vereine verlängert.

Sofern die städtischen Einrichtungen für später eingeplant sind und sich nur der Prozess verzögert hat, freue ich mich natürlich. Trotzdem bleibt es dann schade, dass die Stadt nicht von Anfang an dabei war. Aber besser spät als nie! Möglicherweise führt unser Antrag hier zu einer Klärung. Vielleicht erfahre ich da gleich noch etwas Genaueres, was ich bis jetzt noch nicht weiß.

Trotzdem möchte ich diese Gelegenheit für einige weitergehende Gedanken zu diesem Thema nutzen.

„Edelgard schützt“ bietet geschützte Orte. Diese werden mit einem Aufkleber gekennzeichnet.

Bisher machen neun Läden mit. Das ist natürlich noch sehr wenig. Es ist der Tatsache geschuldet, dass dieses Projekt erst vor kurzem gestartet ist. Natürlich braucht es auch ein bisschen Zeit, um das deutlich bekanntere überregionale Projekt „Luisa“ einzuholen.

Die Stadt ruft zwar per Twitter Unternehmerinnen und Unternehmer auf, sich der Initiative anzuschließen. Wir wünschen uns aber, dass vor allem auch Klubs angesprochen werden; denn außer Manni's Rästorang sind die jetzigen Teilnehmer später am Abend oder nachts nicht geöffnet.

Ich möchte hier auf die Ergebnisse von kriminologischen Untersuchungen der Ruhr-Universität Bochum hinweisen, die ganz klar ergeben, dass die meisten sexuellen Übergriffe an jungen Studentinnen und Mädchen in Klubs oder Kneipen stattfinden, also eher nachts.

Seine volle Entfaltung kann „Edelgard schützt“ erst erlangen, wenn es in Köln sehr viele geschützte Orte gibt. Genau das möchten wir mit unserem Antrag voranbringen, auch wenn uns natürlich klar ist, dass öffentliche Gebäude nur sehr eingeschränkt nachts zugänglich sind.

Welche Person, die gerade in Nippes belästigt wurde, wird extra zum Friseur in der Innenstadt, nämlich zur Friesenstraße 83, fahren oder erst einmal im Internet nach dem Konzept in Köln recherchieren, geschützte Orte suchen oder bei Geschäften auf kleine Aufkleber achten?

Zum Abschluss: Warum bieten wir potenziellen Betroffenen nur spezielle geschützte Orte an, aber sorgen nicht dafür, dass sie überall sicher sind? Ich weiß; das hört sich unrealistisch und vielleicht auch utopisch an. Aber wir würden uns wünschen, dass die Täter die Tatorte verlassen müssten und nicht die Betroffenen erst sichere Orte für sich aufsuchen müssten. Der nächste Schritt für „Edelgard schützt“ muss daher lauten, dass nicht die Betroffenen einen Klub oder Ort verlassen müssen, sondern die Täter.

Sie sehen: Wir begleiten „Edelgard schützt“ wohlwollend, aber auch ein wenig kritisch. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, der SPD und der Guten Wählergruppe Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich möchte zunächst, um vielleicht Fragen zuvorzukommen, die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dahmen, bitten, Stellung zu nehmen.

Dagmar Dahmen (Gleichstellungsbeauftragte): Sehr gerne. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hegenbarth, vielen Dank für Ihren Antrag. Wir arbeiten daran. Die Bezirksrathäuser, das Historische Rathaus, der Spanische Bau, die städtischen Museen und die übrigen Einrichtungen der Verwaltung stehen alle auf der Liste. Wir haben bereits 73 Institutionen mit den Informationen zu „Edelgard“ versorgt. Wir sind auch schon dabei, die Unterweisungen für die richtige Beratung und die richtige Ansprache durchzuführen.

Ich kann auch Ihr Ansinnen verstehen, dass Sie vermeiden wollen, dass die Frauen vor Männern fliehen müssen. Aber im ersten Schritt ist uns der Schutz der Frauen wichtig. Der zweite Schritt wird danach gegangen.

Mit dem Schutz der Frauen wird dieses Konzept auf die ganze Stadt übertragen. Es ist schon geplant, dass ab dem Frühjahr die Unterweisungen auch in städtischen Häusern stattfinden. Das muss auch mit personellen Kapazitäten und mit den richtigen Beraterinnen erfolgen. Daran arbeiten wir aber sehr intensiv. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zunächst hat Frau Möller das Wort.

Monika Möller (SPD): Danke schön. Ich mache es vom Platz aus. - Wir unterstützen den Antrag der Ratsgruppe BUNT natürlich und freuen uns genauso darüber, dass die Verwaltung bereits an dem arbeitet, was Herr Hegenbarth fordert.

Allerdings bitten wir darum, im AVR Informationen darüber zu bekommen, welche Gebäude dann letztendlich ausgesucht werden, ob sie das Signet bekommen und Ähnliches. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Natürlich haben wir das Thema schon im AVR des längeren besprochen. Alle Fraktionen sind von dieser Idee begeistert. Sie sind auch von der Umsetzung, die jetzt richtig Fahrt aufnimmt, begeistert.

Der Antrag, den Sie, Herr Hegenbarth, hier eingebracht und vorgestellt haben, erübrigt sich dadurch eigentlich auch. Mittlerweile ist die Verwaltung schon ein paar Schritte weiter, als Sie in Ihrem Antrag je gehofft haben.

Daher sind wir in der Situation, dass wir über diesen Antrag hier und heute eigentlich nicht mehr beschließen müssen. Es ist jetzt an Ihnen, den Antrag entweder zurückzuziehen. Oder wir müssten ihn formal ablehnen.

Wir können ihn maximal - das wäre noch das Angebot - in den AVR verweisen, weil im AVR regelmäßig Fortschrittsberichte abgegeben werden und der Stadtdirektor und Frau Dahmen da natürlich auch zu diesem Thema Stellung nehmen werden.

Herr Hegenbarth, daher appelliere ich an Sie: Geben Sie sich einen Ruck.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Ich gebe mir immer einen Ruck, wenn es sein muss; klar.

Aber wichtig ist es schon. Wir haben - das ist, glaube ich, auch herübergekommen - ja noch nichts davon gewusst, dass es in dieser Form umgesetzt wird. Insoweit waren wir in der Fragestellung vielleicht schon ein klein wenig schneller als die Verwaltung, auch wenn im Hintergrund gearbeitet wurde.

Ich glaube aber, dass es nichts schadet, wenn wir es trotzdem zur Abstimmung stellen; denn es wird ja gemacht. Insoweit ist es eine positive Geschichte. Deswegen würde ich es hier auch gerne zur Abstimmung stellen. Das ist ja ein konstruktives Plus-Votum. Ein Zurückziehen sähe doch komisch aus. Deswegen möchte ich es gerne zur Abstimmung stellen. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt eine Rednerliste. Als Nächste ist Frau Schwab an der Reihe.

Luisa Schwab (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist zu wichtig, als dass wir es hier nicht besprechen sollten und als dass ich es jetzt vom Platz aus machen würde.

Ich möchte mich zunächst bei der Ratsgruppe BUNT dafür bedanken, dass dieser Antrag überhaupt gestellt wurde; denn er gibt uns die Gelegenheit, über ein wichtiges Thema zu sprechen, das leider im politischen Alltag viel zu selten behandelt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Gewalt gegen Frauen, Diskriminierung, Unterdrückung, Demütigung: Das sind Situationen im Leben, die einen sprachlos machen, die einen sprachlos zurücklassen. Es sind Situationen, nach denen man wieder zu sich kommen muss, vielleicht Ruhe braucht, sich vielleicht zurückziehen muss. Und oft sind es Situationen, die man auch Stunden, Tage oder Monate später nicht vergessen kann, nicht begreifen kann und häufig auch nicht in Worte fassen kann.

Diese Situationen können die aufdringliche Annäherung oder der abfällige Kommentar auf der Straße sein, das übergriffige Kneifen in den Po im zu engen Fahrstuhl oder auf der Tanzfläche. Manchmal ist es der Typ in der Bahn, der einen unentwegt anstarrt. Oder es ist der Lehrer, Pro-

fessor, Chef oder Arbeitskollege, der seine Hand auf den Oberschenkel legt. Im schlimmsten Fall ist es sexuelle Nötigung oder sogar Vergewaltigung.

Diese Situationen sind fast allen Frauen aus dem Alltag bekannt. Das ist sexualisierte Diskriminierung; das ist sexualisierte Gewalt. Häufig werden diese Taten als Kavaliersdelikt bezeichnet und verharmlost. Aber das sind sie nicht. Es ist Gewalt - Gewalt mit den Zielen Macht, Kontrolle und Demütigung.

Es sind diese alltäglichen sexualisierten Diskriminierungen und Verhaltensformen, diese Gewalt, die „Edelgard“ nötig machen - „Edelgard“ als ein Konzept, das nicht nur nachts im Partyleben einen Schutzraum bietet, sondern jederzeit erreichbar ist und somit zu jeder Tageszeit den Betroffenen zur Verfügung steht.

Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention im letzten Jahr, dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, verpflichtet sich Deutschland, alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauen zu schützen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu bieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Sie ist letzten Donnerstag in Kraft getreten. Jetzt ist es an uns Politikerinnen und Politikern, die Konvention umzusetzen. Es muss für Frauen möglich sein, in Deutschland gewaltfrei zu leben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Auch „Edelgard“ trägt ihren Teil dazu bei - in erster Linie mit der Hilfe und Unterstützung für Betroffene, aber auch zur Prävention von Übergriffen durch die Aufklärung und Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kooperationspartner und auch mit der Öffentlichkeitskampagne zur Sensibilisierung aller Kölnerinnen und Kölner.

Gerade jetzt zum nahenden Höhepunkt des Karnevals ist die Sensibilität der Karnevalistinnen und Karnevalisten enorm gefragt. Frauen haben ein Recht auf Feiern, Trinken, Flirten - ohne Verletzung ihrer Privatsphäre, ohne Grapschen, ohne erzwungene Bützchen, ohne bedrängt zu werden. Sie haben ein Recht darauf, ganz selbstbestimmt zu entscheiden, ob oder wie sie ihre Sexualität ausleben wollen oder auch nicht - vollkommen unabhängig von ihrer Kleidung, egal

ob mit hervorblitzendem Po oder Ganzkörperanzug, vollkommen unabhängig von ihrem Zustand aufgrund des Alkoholkonsums. Jeder Mensch entscheidet für sich persönlich, wie gefeiert wird.

Und wenn man immer noch nicht weiß, ob man das noch darf oder nicht darf, gibt es eine einfache Lösung: Nachfragen. Nur ein Ja bedeutet auch ja.

Im Trubel des Karnevals, aber auch im Alltag sind jeder Mann und jede Frau, die ein potenziell übergriffiges Verhalten zu sehen meinen, dazu angehalten, einzuschreiten, nachzufragen und die Situation zu klären.

Nach den Ausführungen der Verwaltung scheint das Konzept in guten Händen zu sein. Trotzdem werden wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. - Erst einmal möchte ich mich bei Frau Dahmen und bei den Frauenvereinen herzlich für ihr Engagement für das Konzept „Edelgard“ bedanken. Frau Dahmen, Sie haben ja gerade vorgetragen, dass Sie da schon sehr weit gediehen ist und es auch in die Verwaltung implementieren möchten.

Ich will nur noch ganz kurz anmerken, dass „Edelgard“ auch schon im AVR ein Thema war. Dort gab es einen Antrag der Ratsgruppe BUNT, der FDP und der Ratsgruppe GUT, „Luisa“ hier zu implementieren. Dieses Thema hatten wir also schon. Da konnten wir das abwehren. Denn man muss sich dabei schon überlegen, dass an dieser Stelle doch die Frauenvereine federführend sind. Frau Dahmen, Sie machen ja in der Gruppe mit, die sich trifft und dieses Konzept erstellt hat. Unabhängig davon, wie man zu diesem Antrag steht - der sich durch das, was Sie gesagt haben, auch schon erledigt hat -, sollte man vor dem Stellen solcher Anträge doch auch noch einmal mit den Frauenvereinen sprechen, um zu erfahren, was genau da schon gemacht wird. Ich halte das für sehr wichtig.

Im AVR war dieses Gespräch meines Erachtens auch etwas merkwürdig. Man wollte da irgendetwas anderes implementieren. Obwohl man weiß, dass die Gleichstellungsbeauftragte mit

den Frauenvereinen in Köln dieses Konzept erstellt hat, hat man darauf bestanden, noch ein anderes Konzept zu erstellen. Das wird der ganzen Sache nicht gerecht, meine ich.

Nichtsdestotrotz werden wir - obwohl Sie ja gesagt haben, Frau Dahmen, dass Sie dabei sind und weiter daran arbeiten, dieses Konzept auch in der Verwaltung zu implementieren - diesem Antrag letztendlich zustimmen. Es ist zwar irgendwie doppelt gemoppelt. Aber wir beschließen ja alles doppelt. Und wenn es so ist, dann machen wir das so.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es auch kurz. - Aus Sicht der FDP hat sich der Antrag der Ratsgruppe BUNT erledigt. Frau Dahmen hat ausführlich Stellung genommen. Das Amt ist mit Tatendrang voll in der Arbeit. „Edelgard“ geht an den Karnevalstagen bereits auf ihren Standort hier unten. Wir sind dabei. Es ist lange geplant gewesen. Es wird ausgearbeitet.

Wie gesagt, hat die Diskussion im AVR bereits stattgefunden. Dort wurde über „Luisa“ und „Edelgard“ gesprochen. Wir sind zu „Edelgard“ gekommen, weil wir „Luisa“ aufgrund eines Rechtsproblems nicht weiterführen konnten.

Dementsprechend sehen wir persönlich eigentlich auch keinen Grund für eine Verweisung in den AVR. Wir verwehren uns nicht dagegen, wenn die Mehrheit das möchte. In diesem Fall vertrauen wir aber Frau Dahmen voll und ganz. Sie macht einen guten Job. Wir glauben, dass das mehr hilft, als hier doppelte Beschlüsse zu fassen, anstatt das Amt zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir unterstützen den Antrag auf Verweisung in den AVR, den Herr Dr. Elster gestellt hat!)

Mir liegt noch eine Wortmeldung vor.

Wolfram Baentsch (AfD): „Edelgard schützt“. Man ist versucht, zu sagen: Sie tut, was die Polizei nicht mehr leisten kann.

(Unruhe)

Der Bedarf an Schutz ist enorm groß. Wir sollten uns aber fragen, seit wann die Stadt Köln unsicher geworden ist

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Seit Beginn des Patriarchats!)

und warum diese Stadt unsicher geworden ist - für Frauen sicherlich viel mehr, aber auch für Männer.

Ich bin dafür, den Antrag abzulehnen. Er ist einfach unsinnig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, erstens möchte ich Sie daran erinnern, dass die Stadt Köln, vertreten durch das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, also das Amt von Frau Dahmen, Mitglied dieser Initiative und auch des Lenkungsgremiums dieser Initiative ist.

Zweitens möchte ich Sie nicht davon abhalten, zu beantragen, dass die Stadt das tut, was sie ohnehin tut. Das kann man machen.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen. Hier wurde ein Antrag auf Verweisung in den AVR gestellt. Darüber möchte ich zunächst abstimmen lassen.

Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. Herr Frenzel hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. So habe ich das verstanden, Herr Frenzel. Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Ja, Frau Oberbürgermeisterin. Ich weiß nicht, wer den Verweisungsantrag gestellt haben soll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster.

Michael Frenzel (SPD): Ach so. Entschuldigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat Herrn Hegenbarth eben die Anregung gegeben, den Antrag zurückzuziehen, und erklärt, dass er andernfalls eine Verweisung wünscht.

Dann lasse ich zunächst über diesen Verweigungsantrag in den AVR abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der Ratsgruppe GUT ist der Antrag in den AVR verwiesen. - Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Beteiligung von Flüchtlingen an Reinigungsarbeiten in Sammelunterkünften“ AN/1891/2017

**Antwort der Verwaltung vom 02.02.2018
0341/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Förderanträge Sofortprogramm ‚Saubere Luft 2017 bis 2020‘“ AN/0040/2018

**Antwort der Verwaltung vom 06.02.2018
0365/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Ja. Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Reker, vielen Dank für die Antwort. An dieser Stelle bedanke ich mich auch für die Antwort im Verkehrsausschuss.

Wir haben eine Nachfrage zur Antwort auf Frage 5. Unsere Frage war:

Wie wird in Zukunft mit den politischen Gremien abgestimmt, welche Summen für welche Maßnahmen beantragt werden?

Ihre Antwort lautet:

Die Maßnahmen werden entsprechend der Zuständigkeitsordnung in das jeweils zuständige Gremium zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht. Insofern eine Inanspruchnahme einer Förderung ... möglich ist, wird diese genutzt und entsprechend in der Vorlage erwähnt.

Diese Antwort ist uns nicht ganz schlüssig. Bedeutet das, dass vor Beschluss einer Maßnahme bzw. vor Beantragung von Fördergeldern der zuständige Ausschuss, in diesem Fall der Verkehrsausschuss, um sein Votum gebeten wird? Oder wird er erst nachträglich in einer Mitteilung lediglich darüber informiert, wofür man Geld beantragt hat?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir reichen im Moment Maßnahmen ein, die in den Programmen der Verwaltung ohnehin schon abgebildet sind. Sie werden jetzt eingereicht. Diese sogenannten Fördercalls kommen immer sehr kurzfristig. Wir nehmen das, was wir im Portfolio drin haben, und bringen das dann auch - es sind immer sehr kurze Fristen - entsprechend in die Förderanträge hinein. Darunter ist also nichts, von dem Sie noch nie etwas gehört haben, und nichts, was nicht die vereinbarten Maßnahmenpakete betrifft.

Dann werden wir das entsprechend der Zuständigkeitsordnung behandeln. Ab bestimmten Größenordnungen ist ein bestimmtes Vorgehen erforderlich. Ansonsten werden wir Sie fortlaufend darüber unterrichten, welche Maßnahmen wir eingereicht haben. Wir müssen ja erst einmal sehen, ob das auch genehmigt wird, und dann geht es um Eigenanteile usw.

Das sind im Moment aber Dinge, die auch im Haushaltsplan abgedeckt sind. Darunter ist also nichts Neues.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Nachfragen sehe ich nicht.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Steuergeldverschwendung im ‚Kampf gegen rechts‘“